

Kommissionspräsident Barroso tadelt deutsche Politiker¹

Welche Gründe hat er?

Von Hermann Patzak

Barroso wirft den Politikern der wichtigen deutschen Parteien vor, sie seien mitschuldig, dass die Deutschen die Euro-Rettungspakete ablehnten. Sie würden nämlich den Bürgern nicht erklären, wie groß die wirtschaftlichen Vorteile seien, die Deutschland aus dem Euro ziehe.

Ist diese Kritik berechtigt? Haben nicht die deutschen Politiker bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit immer wieder von diesen Vorteilen gesprochen? Kann man Rainer Brüderle², den deutschen Wirtschaftsminister, nicht verstehen, wenn er sich deshalb über die seiner Meinung nach unberechtigten Angriffe des EU-Kommissionspräsidenten wundert? Gehen wir den Dingen auf den Grund.

Was sind denn die großen wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland angeblich aus dem Euro gezogen hat? Normalerweise misst man wirtschaftliche Vorteile an der Einkommenssteigerung. Schauen wir uns also an, wie sich das Einkommen der Deutschen seit Einführung des Euro entwickelt hat³: und vergleichen diese Änderung mit jenen der „Partnerländer“, die sich – aus welchen Gründen auch immer – freiwillig überschuldet haben. Es sind die PIIGS – Staaten: Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

<u>BIP</u>	<u>2000</u>	<u>2009</u>	<u>Änderg %</u>
Deutschland	2.062.500	2.407.200	16,71%
Irland	104.830	163.543	56,01%
Griechenland	137.930	237.494	72,18%
Spanien	630.263	1.051.151	66,78%
Portugal	122.270	163.891	34,04%
Italien	1.191.057	1.520.870	27,69%

Die Tabelle zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in den Jahren 2000-2009 (10 Jahre) um 16,71 Prozent gestiegen ist. Die PIIGS – Staaten (die sich überschuldet und deswegen Probleme haben, Zinsen und Kredite zurückzuzahlen) haben seit der Euro-Einführung ein weit größeres Wachstum als Deutschland erzielt. Selbst Italien weist ein fast doppelt so großes Wachstum auf als Deutschland.

Dieses Wachstum haben diese Staaten mit Schulden finanziert, die sie jetzt nicht bezahlen können. Diese Überschuldung ist erst durch die gemeinsame Währung, den Euro, ermöglicht worden. Denn die Schuldenaufnahme wurde nicht mehr durch Abwertung der eigenen Währung automatisch verteuert wie in den Jahren zuvor, als diese Länder noch eine eigene Währung hatten. An diesen Schulden haben übrigens die internationalen Großbanken Europas und der gesamten Welt gut verdient! Diese Schuldnerländer und die mit ihnen paktierenden Banken (siehe Goldman Sachs) waren also die eigentlichen Profiteure der gemeinsamen Euro-Währung! Der Euro hat eine Fehlentwicklung erst ermöglicht, die vorher undenkbar war, weil die Devisenkurse (Marktkräfte) dies verhindert hätten.

Angesichts der effektiven Entwicklungen und der Schäden, die der Euro angerichtet hat, auf der Beibehaltung des Euro zu bestehen, „koste es was es wolle“ (Barroso), ist eine unglaubliche Frechheit, die sich diese Typen nur erlauben können, weil sie wissen, dass

¹ Sachverhalt: Sein Gespräch mit der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.05.2010 Seite 1.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.05.2010 Seite 11.

³ Quelle Eurostat:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>.

das einfache Volk die komplexen Zusammenhänge nicht versteht. Welche Kreise sind es denn, die den Euro heute noch hartnäckig verteidigen?

Es sind die Politiker, die geglaubt hatten, der Euro sei das geeignete Vehikel, aus den historisch gewachsenen Staaten und Völkern Europas eine Staatengemeinschaft zimmern zu können. Und es sind die internationalen Wirtschafts- und Finanzkonzerne, die sich von einem einheitlichen großen Absatzmarkt höhere Renditen versprechen konnten! Beide wollen heute nicht wahr haben, dass ihr Modell gescheitert ist. Den Schaden, den sie verursacht haben, bürden sie den Steuerzahlern auf, die das gescheiterte Experiment jetzt bezahlen müssen. Den Nutzen hatten für geraume Zeit die Bevölkerung in den schuldenfinanzierten Wachstumsländern und die internationalen Kapitaleigentümer der Wirtschafts- und Finanzunternehmen, die eine Zeit lang die guten Renditen aus den Kreditvergaben einfuhren. Ihnen hat die Politik jetzt, da sie die Verluste hätten übernehmen müssen, den Ballast abgenommen und auf die Schultern der Bürger geladen. Womit wir wieder bei den Fakten des politischen Geschehens der vergangenen Wochen angelangt wären.

Die im Bundestag vertretenen Parteien haben innerhalb von zwei Wochen zwei Rettungspaketen im Gesamtwert von 110 + 750 Mrd. Euro zugestimmt, bei denen die Deutschen mit 23 Mrd. Euro + 147 Mrd. Euro, also mit **insgesamt 170 Mrd. Euro** die mit Abstand größte Bürde zu tragen haben. **Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes, der sich 2010 auf 319 Mrd. Euro summiert.**

Wenn die Deutsche Regierung die Bürgschaft wirklich einlösen müsste – es gibt kaum einen Ökonomen von Rang und Namen, der dies noch bezweifelt – dann müssen sich die Deutschen vom Mund absparen, was ihre Euro-Partner unter tätiger Mithilfe des Finanzkapitals verjubilieren haben. Dass dieser „Haftungsfall“ gerade nicht eintreten werde, das haben den Deutschen ihre „Vorzeigepolitiker“ Kohl, Waigel und auch der jetzige Bundespräsident Horst Köhler (als Staatssekretär im Finanzministerium) ausdrücklich versichert. Keiner von ihnen ist bereit, seinen Irrtum und seine Schuld heute zu bekennen. Dass bei den Deutschen jetzt infolge der Entwicklung langsam Unmut aufkommt, ist nur allzu verständlich! Aber das passt dem portugiesischen EU-Kommissionspräsidenten nicht! Ihm haben die deutschen Parteien und Politiker noch viel zu wenig getan, um das Volk glauben zu machen, es sei durch den Euro reich geworden. Das wiederum verwunderte den (FDP) Wirtschaftsminister Rainer Brüderle sehr, denn der weiß sehr wohl – wie wir alle – dass die Politiker quer durch alle Parteien unablässig den Deutschen weis gemacht haben, dass ihnen der Euro nur Vorteile bringen würde. Aber das einfache Volk ist angesichts der jetzt ganz offenkundigen Entwicklungen nicht mehr bereit, ihnen zu glauben! Immer, wenn sie auf den Euro zu sprechen kamen, erzählten sie uns die Mär von den wirtschaftlichen Vorteilen, die Deutschland aus dem Euro durch die Handelsüberschüsse in der EU und den Anstieg der deutschen Ausfuhren in andere Mitgliedstaaten erzielten. Kein ernst zu nehmender Volkswirt würde derartigen Unsinn verzapfen, bedeuten doch Exportüberschüsse für die Bevölkerung des Exportüberschusslandes „Zwangssparen“ d.h. Konsumverzicht zu Gunsten der Importüberschussländer, die weniger sparen müssen, aber dafür mehr konsumieren können. Das lernt der Student der Nationalökonomie in seinem ersten Grundkurs im Volkswirtschaftlichen Rechnungswesen! Und das scheint den deutschen Politikern – quer durch alle Parteien – unbekannt zu sein! Die plappern seit Jahrzehnten schon die gleiche Leier vom Reichtum durch Exportüberschüsse. Barroso hat ihre Argumente bloß aufgegriffen und wieder gegeben.

Wie wenig Barroso von Wirtschaft und wirtschaftlichen Zusammenhängen versteht, beweist er mit seiner Behauptung, dass der Euro eine sehr starke Währung sei, die nicht das wahre Problem der EU und der Eurozone sei. Ursache der Krise sei vielmehr die Überschuldung der öffentlichen Haushalte. Wer so etwas sagt, der hat heute noch nicht begriffen, dass dieses Ausmaß an Überschuldung vor der Euro-Einführung gar nicht möglich gewesen wäre und dass der Euro sogar der Anlass für die steigende Schuldaufnahme schon lange vor Ausbruch der Weltfinanzkrise war.

Die Situation der heutigen PIIGS Länder war vergleichbar mit jener der USA. Die konnten sich ihre hohen Staatsschulden und Handelsbilanzdefizite nur deshalb so lange Zeit ungestraft (durch Abwertung des Dollar) erlauben, weil die US - Währung als Weltzahlungsmittel und als Devisenreserve auf der ganzen Welt gefragt war und weil die US-Finanzmärkte alle FinanzspekulantInnen der Welt – darunter auch die Deutschen – wegen der hohen Renditen anlockte. Deshalb konnte der Dollar seinen Wert nicht verlieren! Erinnert sei deswegen auch an das Fristentransaktionsgeschäft, eine der „innovativen“ Geldschöpfungsmethoden, die am Anfang der Krise (Juli 2007) gleich die deutsche IKB Bank zur Strecke brachte. Die Griechen und die anderen PIIGS – Länder waren in einer vergleichbaren Situation, sie konnten lange Zeit Schulden aufnehmen, soviel sie wollten, der Euro wurde deshalb nicht weniger wert. Dafür sorgten schon die Deutschen mit ihren Exportüberschüssen. Und man machte ihnen obendrauf noch weis – so wie jetzt wieder EU-Kommissionspräsident Barroso – dass sie stolz darauf sein könnten, Exportweltmeister zu sein. In gewisser Weise hatte also Griechenlands Präsident Papandreou Recht, als er den anderen Euro-Ländern und insbesondere Deutschland die Schuld an der griechischen Misere zuschob.

Und jetzt verlangt Barroso von den Deutschen, dass sie die 170 Mrd. Euro in Freude und Dankbarkeit für die überschuldeten Euro-Staaten aufbringen sollen, um sie an die Gläubiger zurückzahlen, während die ursprünglichen Schuldner-Länder von den Schulden befreit werden und die Gläubiger (das internationale Finanzkapital) ganz ungeschoren davon kommen? Und unsere Kanzlerin behauptet, es gäbe keine Alternative dazu!

Das kann man nur sagen, wenn man den Weiterbestand des Euro als Prämisse setzt und die ökonomischen Schäden, die er anrichtet, bewusst negiert. Für die heute maßgebenden Politiker ist der Euro aus unterschiedlichen Gründen ein Tabu, das nicht angerührt werden darf. Für die Deutschen, weil sie dem ideologischen Weltbild der integrativen Kraft einer gemeinsamen Währung verfallen sind, von dem sie ewigen Frieden und gleichzeitig mehr Macht und Einfluss Europas in der Welt erwarten. Für die anderen ist der Euro tabu, weil er ihnen Ländern handfeste ökonomische Vorteile gebracht hat und weiter bringen soll, und für die dritten – die verbeamteten Politiker in der Brüsseler EU-Zentrale – ,weil er ihnen politische und persönliche Macht und Einfluss verleiht, die sie sonst nie erlangt hätten. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle nochmals auf die Rendite-Gier des internationalen Kapitals verwiesen, die ein großer Markt mit einer Einheitswährung weit eher befriedigt als viele über den Erdteil Europa verstreute Einzelmärkte.

Wenn die Menschen – nicht nur in Deutschland – erst einmal so richtig begriffen haben, welche Funktion der Euro wirklich hat, wird das noch viel böses Blut geben! Das wird spätestens dann der Fall sein, wenn sie zur Kasse gebeten werden und das wird nicht mehr lange dauern. Heute wird ja schon allerorten das große Sparen angekündigt.

Doch nicht nur das Volk wird böse. Auch aus dem Lager der renommierten polit- und systemtreuen Ökonomen hört man bislang völlig ungewohnte Töne:

Da wäre zunächst einmal **Ottmar Issing**, der hatte es bis zum Chef-Volkswirt der EZB auf seinem Karriereweg gebracht. Angefangen hat er einmal als jüngster Professor Bayerns an der Universität Erlangen-Nürnberg. Solch eine Laufbahn macht man in der BRD nicht, ohne von Politik und einer staatstragenden Partei protegiert zu werden. Jetzt ist er in Pension, jetzt getraut er sich Dinge zu sagen, die er früher nie gesagt hätte.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung⁴ schreibt er über die Mär von der Spekulation. Er bezeichnet es als Mär, dass Spekulanten eine Generalattacke gestartet hätten, um den Euro zu Fall zu bringen. Diese Mär war bekanntlich der Anlass für Europas Spitzenpolitik-er, am Wochenende vom 8. zum 9. Mai in einer Nacht- und Nebelaktion das Eurorettungspaket in Höhe von 750 Mrd. Euro zu „schnüren“.

Issing wird sehr deutlich, wenn er schreibt: *„Zur Erklärung der Krise Griechenlands und der Europäischen Währungsunion insgesamt taugt der Verweis auf die Spekulation jedenfalls nicht. Ganz im Gegenteil, er verstellt den Blick auf die wirklichen Ursachen und öffnet die Tür für falsche Antworten der Politik. **Wären es wirklich Spekulanten gewesen, welche die Krise ausgelöst haben, verdienten sie allenfalls Tadel dafür, dass sie nicht schon früher auf eine unhaltbare Situation aufmerksam gemacht haben.**“* Issing fragt weiter, ob man es als Spekulation bezeichnen kann, wenn Pensionsfonds und Lebensversicherungen versuchen, griechische Anleihen abzustoßen, um Schaden von ihren Versicherten abzuwenden? Die Legende von den Spekulanten lenkt seiner Meinung nach den Blick weg von den eigentlichen Ursachen der Krise: den überhöhten Staatsausgaben, den aufgeblähten Staatsapparaten und der geringen Produktivität der Wirtschaft, die von der Politik in den PIIGS-Staaten zu vertreten sind.

Wir können dem ehemaligen Chefvolkswirt der EZB eigentlich nur gratulieren, dass er den Mut aufgebracht hat, die Wahrheit zu sagen. **Die volle Wahrheit wäre allerdings gewesen, dass es der Euro war, der den Druck von der Politik nahm, jene Reformen zu verwirklichen**, die heute, in der Krise, mit brachialen Sparaktionen erzwungen werden sollen. Aber damit würde man doch zu viel von ihm verlangen. Schließlich ist ja der Euro ein wichtiger Teil seines Lebenswerkes gewesen, und einzugestehen, dass dies ein Irrtum war, wäre besonders schwer.

Auch **Hans-Werner Sinn**, der Präsident des Münchner IFO – Institutes, hat einen ganz offensichtlichen Sinneswandel durchlebt. Er bezieht in einer Deutlichkeit zu den Vorgängen Stellung, die eigentlich nichts mehr zu wünschen übrig lässt. Er schrieb alle Bundestagsabgeordneten an und forderte sie auf, das Gesetz zur Euro-Rettung (verklau-suliert, aber juristisch exakt: „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“, abzulehnen. Wörtlich führte er aus: *„Es handelt sich um eine der gravierendsten Fehlentscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“*. Das Gesetz widerspreche deutschen Interessen: *„Deutschland ist über den Tisch gezogen worden. Gefährdet war in der Krise nicht der Euro, sondern die Fähigkeit der europäischen Schuldensünder, sich weiterhin so günstig zu finanzieren.“* Jetzt bekämen die Schuldenländer eine „Vollkasko-Versicherung ohne Selbstbehalt“. Die Abgeordneten von Union und FDP hat das geharnischte Schreiben des ausgewiesenen und anerkannten Experten nicht beeindruckt, ganze 10 Abgeordnete sprachen sich gegen das Gesetz aus oder enthielten sich der Stimme. Das Gesetz wurde mit deutlicher Mehrheit verabschiedet.

Auch der **Vorsitzende der Ludwig Erhard Stiftung, Hans D. Barbier**, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung⁵ die wöchentliche Kolumne „Zur Ordnung“ veröffentlicht, findet

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.05.2010 Seite 12.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.05.2010 Seite 13

Worte, die er früher nie gesagt hätte. Er stellt fest, dass Pfingsten 2010 das Ende des Versuches markiert, über eine gemeinsame Währung ein einiges politisches Europa zu erzielen. Zugegeben, er verklausuliert seine Aussage, wenn er wörtlich schreibt: „2010 markiert das Ende des Versuches der Europäischen Währungsunion so etwas wie eine Leitfunktion der wirtschaftlichen Ordnung des politisch organisierten „Europa“ zu geben“. Aber dann wird er deutlich wenn er sagt: **„Es wäre für Deutschland – und auch für Europa – besser gewesen, die Parlamentarier hätten, in demonstrativer Abänderung der Tagesordnung, die Bundesregierung aufgefordert, der Europäischen Union den Austritt der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen.“** Barbier führt weiter aus: „Das Europa der Staaten unter dem monetären Dach einer Währungsunion ist immer ein Irrtum gewesen. Vielleicht ein zeitgeschichtlich zu erklärender, politisch honoriger Irrtum. Er sieht auch, dass es aus der verfahrenen Situation nur einen Ausweg gibt: „Entweder man gibt die Idee der einen Währung auf. Oder man macht die Staaten zu Provinzen eines staatlich verfassten Währungsgebietes. Er schlägt als Lösung den **Wettbewerb der Staaten mit ihren Währungen** vor. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Interessant ist auch der Ansatz, den **Wolf Schäfer**⁶ anbietet: Er vergleicht die **politische Klasse in Europa** mit der Kartell-Theorie in den Wirtschaftswissenschaften und stellt fest, dass die politische Klasse in Europa mit ihren überstürzten Aktionen zur Rettung des Euro „koste es was es wolle“, ein **Strategiekartell** gebildet hat. Das müsse man verbieten, – wie das Kartellgesetz dies für das Wirtschaftsleben tut – ,weil es die Schädigung Dritter zum Ziel hat. Das sind die deutschen und europäischen Steuerzahler! Die Annahme, dass Politiker dem Gemeinwohl verpflichtet handeln, sei von den Politikern selbst widerlegt worden. „Die Neue Politische Ökonomie zeige auf – und die empirische Erfahrung bestätigt dies täglich –, dass Politiker prinzipiell ebenso eigennutzorientiert handeln wie alle anderen Menschen auch. Zum Beispiel geht es Politikern darum, ihre Macht und ihr Amt zu sichern und damit ihr Einkommen und ihr Ansehen.“ Das Mantra der EU-Klasse: „Wenn der Euro zerbricht, zerbricht Europa“ lässt er nicht gelten, da die Alternative ein geordnetes Umschuldungs- und Insolvenzverfahren wäre. Interessant, aber auch ein wenig illusionär ist der Lösungsvorschlag, den Wolf Schäfer anbietet: Die Geschädigten – das sind die Steuerzahler – seien aufgefordert, die Lösung herbeizuführen. Sie sollten direktdemokratische Mitsprache, z. B. Volksabstimmungen einfordern oder die Gründung neuer politischer (Protest-)Gruppen inner- und außerhalb der etablierten Parteien vornehmen. Er nennt das Exit-Optionen und er hofft zudem, dass die verfassungsrechtlichen Interventionen zunehmen werden.

Ganz unabhängig, wie realistisch die Verwirklichung solcher Vorstellungen in der politischen Welt unserer Zeit sein mögen. Eines ist klar: Die Politik hat ein Problem! Sie hat sich in eine Situation manövriert, in der sie im Volk auf anschwellende Ablehnung stößt und sie hat – was in der BRD noch nie der Fall war – mit ihrer Entscheidung für den Euro und gegen das Volk die ganze Phalanx der wirtschaftswissenschaftlichen Autoritäten gegen sich aufgebracht. Es wird spannend zu beobachten, wie sich dieser Knäuel auflösen wird.

© www.hpatzak.de 29.05.2010

⁶ Direktor des Institute for European Integration des Europa-Kollegs Hamburg und emeritierter Professor für Theoretische Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg; in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.05.2010 Seite 12.